

# Factsheet Russland

Stand: Mai 2023

## 1 Facts & Figures



Karte: [UN Cartographic Section](#), 2004.

**Bevölkerung.** Rund 146 Millionen ([Schätzung 2021](#)).

**Ethnien.** Russisch 77,7%, tatarisch 3,7%, ukrainisch 1,4%, baschkirisch 1,1%, tschuwaschisch 1%, tschetschenisch 1%, sonstige 10,2% nicht näher bezeichnet 3,9% ([Schätzung 2010](#)). In der Volkszählung 2010 waren fast 200 nationale und/oder ethnische Gruppen vertreten.

**Religionen.** Russisch-Orthodox 15-20%, Islam 10-15%, andere Christ\*innen 2% ([Schätzung 2006](#)).

**Semipräsidentielle Föderation.** Staatsoberhaupt: Präsident Wladimir Wladimirowitsch Putin (seit 08.05.2012); zuvor bereits Präsident 2000-2008. Regierungschef: Premierminister Michail Wladimirowitsch Mischustin (seit 16.01.2020, ernannt von Präsidenten). Direktwahl des Präsidenten mit absoluter Mehrheit für eine Amtszeit von sechs Jahren (zuletzt 2018).

## 2 Risikoprofile

- **Regierungskritische Personen**, [Oppositionelle](#), Teilnehmende an regierungskritischen [Demonstrationen](#), Personen, die sich im [Internet regierungskritisch](#) äussern, kritische [Umweltaktivist\\*innen](#).
- **Gegner\*innen und Kritiker\*innen der «Spezialoperation in der Ukraine»** riskieren Gewalt, [Verhaftung](#) und [Strafverfolgung](#).
- Personen, die **«Falschinformationen»** über den Einsatz der russischen Streitkräfte verbreiten oder diese **«diskreditieren»**, droht [Strafverfolgung](#),
- **Menschenrechtsaktivist\*innen** riskieren, festgenommen, [inhaftiert](#) und mit unfairen Prozessen verfolgt zu werden.
- Mitarbeitende von NGOs und Einzelpersonen, die als **«ausländische Agenten»**, **«extremistisch»** oder für **«unerwünschte Organisationen tätig»** eingestuft wurden.
- **Journalist\*innen**, die unabhängigen und [regierungskritischen Journalismus](#) betreiben.
- Mitglieder der **Zeugen Jehovas**. Die Organisation ist gesetzlich verboten. Betroffene können willkürlich verhaftet, in Haft [misshandelt und gefoltert](#), sowie [strafverfolgt](#) werden.
- **Frauen**. Verbrechen im [Namen der «Ehre»](#) in Tschetschenien, Dagestan und anderen Regionen im Nordkaukasus. [Ungenügender Schutz](#) vor häuslicher Gewalt.
- **LGBTIQ**. Entführungen, Folter und [extralegale Tötungen](#) in [Tschetschenien](#). Gewalt und [Strafverfolgung](#) (**«Propagandagesetz»**) durch staatliche Akteure. [Übergriffe](#) durch Dritte und ungenügender Schutz durch Polizei.
- **Deserteure und Soldaten, die sich weigern, einen Befehl eines Vorgesetzten auszuführen**, können mit [Gefängnis bestraft](#) werden. In der Ukraine stationierte Befehlsverweigerer oder Deserteure werden laut [Berichten](#) inhaftiert, misshandelt oder mutmasslich sogar getötet.

## 3 Jüngste Entwicklungen

**Invasion in die Ukraine und Kriegsverbrechen.** Am 24. Februar 2022 hat die russische Armee die Ukraine im Rahmen einer «Spezialoperation» angegriffen und verkündete im September die Annexion von vier ukrainischen Regionen. Die Kampfhandlungen zwischen ukrainischen und russischen Streitkräften halten an. Zahlreiche [Kriegsverbrechen](#) von Mitgliedern der russischen Streitkräfte wurden dokumentiert.

**Austritt aus Europarat und europäischer Menschenrechtskonvention.** Russland trat am 15. März 2022 aus dem Europarat aus. Im Juni wurde ein [Gesetz](#) verabschiedet, wonach russische Behörden rückwirkend zum 15. März 2022 Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) ignorieren können. Seit dem Austritt Mitte März 2022 ist Russland nicht mehr an die europäische Menschenrechtskonvention gebunden.

**Massenexodus von regierungskritischen und wehrfähigen Personen.** Direkt nach der Invasion und nach der Teilmobilmachung im September 2022 verliessen [Hunderttausende russische Staatsangehörige](#) Russland.

**Drastische Strafen für Kritiker\*innen der «Spezialoperation».** Die Behörden unterdrückten Proteste und verhafteten bis Ende November 2022 mehr als [19'000 Personen](#) bei Antikriegs-

und Mobilisierungsaktionen, unter anderem durch den flächendeckenden Einsatz von Gesichtserkennungssystemen. [Kritiker\\*innen des Krieges](#) werden als «[Landesverräter\\*innen](#)» bezeichnet, von Sicherheitskräften aufgesucht, [willkürlich verhaftet](#) und [strafverfolgt](#), von Arbeitgebenden abgemahnt oder entlassen, bedroht oder tätlich angegriffen. Im März 2022 wurden [neue Gesetze](#) verabschiedet, die die Verbreitung von «Falschinformationen» über den Einsatz der russischen Streitkräfte, die «Diskreditierung» der Streitkräfte, sowie den Aufruf zu Sanktionen gegen Russland bestrafen. Die Menschenrechtsorganisation OVD-Info zählte in diesem Zusammenhang bis Ende Dezember 2022 [Hunderte von Strafverfahren und über 5000 Ordnungswidrigkeitsverfahren](#). Im April 2023 wurde der bekannte oppositionelle Aktivist Kara-Mursa wegen seiner Kriegskritik zu [25 Jahren Gefängnis](#) verurteilt.

«**Ausländische Agenten**» und «**unerwünschte Organisationen**». Russland hat Gesetze verabschiedet, die dem Verbot ausländischer Kontakte aus der Sowjet-Ära ähneln. Der Umfang dieser [neuen Gesetze](#) reicht von der drastischen Ausweitung der Gesetzgebung über «[ausländische Agenten](#)» auf Personen oder Organisationen, die «[unter ausländischem Einfluss](#)» stehen, über die Einstufung politischer Kandidat\*innen als «[mit ausländischen Agenten verbunden](#)» bis hin zur Einführung einer strengen Kontrolle über internationale akademische Kooperationsprogramme. Die Behörden haben ausserdem [immer mehr Personen und Gruppen](#) in das Register der «ausländischen Agenten» aufgenommen und ausländische Organisationen als «unerwünscht» auf die schwarze Liste gesetzt.

**Verschärfung des Anti-LGBTI-Gesetzes.** Im Dezember 2022 wurde ein [Gesetz](#) verabschiedet, das das Verbot der «Propaganda für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen, Pädophilie und Geschlechtsumwandlung» von der an Minderjährige gerichteten Propaganda auf alle Altersgruppen ausweitet. Es sieht unter anderem die Sperrung von Websites, das Verbot des Verkaufs von Material, das gesetzlich verbotene Informationen enthält, und Geldstrafen vor.

**Verschärfungen der Gesetze zum Wehrdienst.** Im September 2022 wurden die [Strafen](#) für Desertion, Befehlsverweigerung und Kapitulation verschärft. Im April 2023 hat die russische Regierung ein [Gesetz](#) verabschiedet, das es den Russen erheblich erschwert, sich der Wehrpflicht zu entziehen, und das gleichzeitig ein automatisches Verbot für registrierte Wehrpflichtige vorsieht, das Land zu verlassen. Ungehorsame müssen mit [Sanktionen](#) rechnen, die vom Entzug des Führerscheins bis hin zum Verbot der Aufnahme von Bank- oder Hypothekendarlehen reichen.

**Folter und Misshandlungen.** Folter und andere Misshandlungen in Haft- und Untersuchungshaftanstalten sind nach wie vor weit verbreitet und bleiben [straflos](#). Die Polizei setzt weiterhin Folter ein, um [Druck auf Dissidenten](#) auszuüben. Im März 2022 berichteten Protestierende, die bei Anti-Kriegs-Kundgebungen festgenommen worden waren, über [Folter und andere Misshandlungen](#) in Polizeistationen.

## 4 Praxis Schweizer Behörden

**Zahlen des SEM für 2022.** Anerkennungsquote im Jahr [2022](#): 24%; Schutzquote 28.1% (Positiv + VA).